

Liebe Genossinnen und Genossen,
heute beginnen wir unser neues Fernstudium.

Mit Bedacht haben wir für dieses Studium Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ gewählt.

Was haben Lenins Positionen und Schlussfolgerungen aus jener Zeit vor 89 Jahre – außer vielleicht wichtigen historischen Erfahrungen – mit uns heute zu tun? Ehe wir diese Frage beantworten können, sollten wir uns doch zunächst der Geschichte zuwenden, denn daraus ergeben sich einige Folgerungen:

Warum sah es Lenin beispielsweise 1920 als so unabdingbar an, seine Positionen zur Parteifrage, zum Verhältnis der Kommunistinnen und Kommunisten zu den Gewerkschaften, zur Arbeit mit den Massen, zur Aktionseinheits- und Bündnispolitik sowie zum Verhältnis zu parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfformen zu klären?

Es gab einen konkreten Anlass: In den nach der Oktoberrevolution entstandenen neuen kommunistischen und linkssozialistischen Parteien tauchten bald linkssektiererische Tendenzen auf, die einen gewissen Einfluss hatten oder sogar schon die Handlungsfähigkeit dieser Parteien einschränkten, sie von den Massen isolierten.

Lenin hat damals gewiss nicht daran gedacht, dass seine Schrift auch noch fast 90 Jahre später gelesen wird.

Aber Lenins Arbeit erwies sich im Folgenden nicht nur als Ratgeber in der Diskussion mit Erscheinungen des linken Radikalismus in den jungen kommunistischen Parteien, sondern wurde geradezu zum Lehrbuch für die kommunistische Bewegung, zum Handbuch der Strategie und Taktik sowie der Organisationsprinzipien, ja – und darauf verweisen Robert Steigerwald und Hans-Peter Brenner in einem noch unveröffentlichten Manuskript – geradezu ein Lehrbuch für die Aneignung materialistischer Dialektik in Politik und Gesellschaftswissenschaften¹.

Später wurden jedoch nicht selten Lenins Grundaussagen aus dem historischen Zusammenhang gerissen, „kanonisiert“, d. h. in den Rang „unumstößlicher Wahrheiten“ erhoben. Aussagen – wie die über die Avantgarderolle der kommunistischen Partei – wurden verabsolutiert und ihres konkret-historischen Inhalts beraubt. Auch Lenins Vorstellung vom demokratischen Zentralismus wurde später in einer Reihe kommunistischer Parteien sträflich missachtet.

Wichtige Marxisten wie Wolfgang Abendroth haben sich wahrscheinlich auch wegen der ständigen Verletzung solcher Grundsätze in der Praxis einer Reihe kommunistischer Parteien gerade deshalb sehr kritisch zu Lenins Arbeit verhalten. So in seinem Text „Der theoretische Weltkommunismus“, den er für die Neubearbeitung der – ansonsten von Werner Hofmann verfassten – „Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts“ geschrieben hatte.

Liebe Genossinnen und Genossen,
gestattet mir Anmerkungen zu folgenden Schwerpunkten. Ich möchte:

1. zunächst auf die historische Ausgangssituation – soweit dies im Rahmen meiner beschränkten Zeit möglich ist - und

¹ Robert Steigerwald/Hans-Peter Brenner: Die DKP in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken Revisionismus. Manuskript

2. auf den Kern der Auseinandersetzung Lenins mit dem linken Radikalismus eingehen.

Ich werde

3. kurz herauszuarbeiten versuchen, durch welche weltanschaulich-philosophische und erkenntnistheoretische Grundhaltung Lenins Herangehen an diese Auseinandersetzung geprägt war und an welchen Erfahrungen er anknüpfte.
4. Möchte ich auf aktuelle Bezüge und Lehren verweisen

Die historische Ausgangssituation

Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus hatten sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in einer Reihe europäischer kapitalistischer Länder und den USA auch die Organisationsmöglichkeiten und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verändert. Nach langen Kämpfen gegen das Sozialistengesetz war beispielsweise in Deutschland die Sozialdemokratische Partei zur Massenpartei mit Millionenanhang geworden.

Doch jene Parteien, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die revolutionären Bewegungen geprägt und die Arbeiterklasse organisiert hatten, waren auch durch tiefe innere politische und weltanschauliche Auseinandersetzungen geprägt.

Ein Strang der Auseinandersetzungen der Marxisten mit anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung war die Auseinandersetzung mit den Anarchisten und Anarchosyndikalisten, die Marx und Engels schon in der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation führen mussten. Auf die in dieser und anderen Auseinandersetzungen mit linksradikalen und linkssektiererischen Positionen in der Arbeiterbewegung komme ich später noch einmal zurück.

Kehren wir zur Geschichte zurück.

Es zeigte sich schon bald, dass diese Debatte mit linksradikalen und linkssektiererischen Standpunkten nicht der einzige Strang der Auseinandersetzung bleiben würde.

Marx und Engels kritisierten heftig das 1875 beschlossene Gründungsprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Auf ihrem Vereinigungsparteitag in Gotha (22.-27. Mai 1875) verbanden sich die von Wilhelm Liebknecht und August Bebel 1869 in Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und der von Ferdinand Lassalle 1863 in Leipzig gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) Deutschlands.

Das „Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei“, das sogenannte Gothaer Programm, war in vielen Fragen sowohl bezüglich seiner theoretischen Aussagen als auch in Hinblick auf die praktischen Folgerungen gegenüber dem Programm der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ von 1869 ein deutlicher Rückschritt, obgleich einzelne Forderungen scheinbar übereinstimmten.

Marx und Engels, vor allem aber Marx in seinen „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei“ unterzogen die Aussagen des Programmentwurfs einer zum Teil scharfen, ja sogar vernichtenden Kritik. Marx kritisierte zu Recht die begriffliche Verwirrung und theoretische Inkompetenz, die zu Fehlern in der Politik führen konnte, er kritisierte, dass die deutschen Sozialdemokraten hinter bestehende Erkenntnisse zurückgingen.

Im Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a. vom September 1879 mussten Marx und Engels auf Verhaltensweisen in der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie aufmerksam machen, die einer Arbeiterpartei unwürdig waren. Der Abgeordnete Kayser stimmte im Reichstag als einzige unter den sozialdemokratischen Abgeordneten, für Schutzzölle und verletzte damit eindeutig Regeln und Festlegungen der Partei.

Das war und blieb kein Einzelfälle und das hatte objektive Ursachen. Auf der einen Seite wurden durch die sich beschleunigende kapitalistische Entwicklung immer mehr Menschen aus kleinbürgerlichen Schichten zu Proletariern. „Kleinbürgerliche Positionen“, die sich schon vor 1890 in der SPD-Reichstagsfraktion festgesetzt hatte, fanden zunehmend nicht mehr nur in den industriell wenig entwickelten Regionen Süddeutschlands (90er Jahre), sondern allmählich und immer mehr in den rasch erstarkenden Gewerkschaften eine mächtige soziale Basis. Auf der anderen Seite zog der erfolgreiche Kampf der deutschen Sozialdemokratie neue Mitstreiter, an. Darunter wohl auch solche, die sich eine Karriere erhofften.

Bestimmte, vor allem aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammende Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie entwickelten besondere organisatorische Vorstellungen. Dem entsprach eine organisatorische Praxis, die sich mit der Eigenbezeichnung von „Revisionismus“ als selbständige Strömungen gegenüber dem proletarisch-revolutionären Kampf des Proletariats formierte. **Bruno Schönlanke** Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung" machte **1895** das Revisionismus-Problem erstmalig parteiöffentlich:

„Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor, wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein ... die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln.“²

Eduard Bernstein, mit dessen Positionen und die seiner Genossen sich Marx und Engels im bereits erwähnten Zirkularbrief von 1879 hauptsächlich auseinandersetzen, formulierte die Inhalte³. Diese bestanden im Kern vor allem darin, den unüberbrückbaren Antagonismus, d. h. den feindlichen Gegensatz von Arbeiterklasse und Bourgeoisie und die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus zu leugnen. Abgelehnt wurden damit auch die marxistische Revolutionstheorie und die Staatstheorie. Angestrebt wurde die Umwandlung der Gesellschaft allein durch Reformen nach einer demokratisch legitimierten Regierungsübernahme durch Wahlen.

Nach dem Tod von Friedrich Engels setzten sich in der deutschen Sozialdemokratie vor allem Marxisten wie Rosa Luxemburg – so in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ - mit diesen revisionistischen Positionen auseinander, die sich in reformistischer Politik und / oder opportunistischem Verhalten äußerten. An der Debatte beteiligten sich auch Genossen wie Pannekoek, die Lenin später wegen ihrer linksradikalen Positionen kritisieren musste.

Eine ähnliche grundlegende Auseinandersetzung war die Massenstreikdebatte, welche vor allem unter dem Eindruck europäischer Streikbewegungen, insbesondere der russischen Revolution von 1905, entbrannte. Hier setzte sich der marxistische Flügel um Rosa Luxemburg und teilweise der revisionistische mit den reformistischen Gewerkschaft-

² Parteitag der SPD. Breslau. Protokoll. S. 152 / nach: Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum Prager Frühling. München 1977. S. 15

³ Vgl. Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Eingeleitet von Dieter Schuster Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH Berlin Bonn Bad Godesberg 1973. 6. Auflage 1975. Nachdruck der 1921 erschienenen zweiten Auflage S. 6f

ten um die Frage auseinander, ob ein Streik als politisches Kampfmittel auch jenseits des Kampfes um Verbesserung der Arbeitsbedingungen angewandt werden kann.

Lenin kritisierte vor allem in „Marxismus und Revisionismus“ (1908)⁴ (aber natürlich auch in anderen Schriften) grundlegend revisionistischen Positionen in der Arbeiterbewegung.

Noch auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1907 stritt die revolutionäre, marxistische Linke vor allem mit jenen in der sozialistischen Internationale, die allein mittels Reformen meinten die Welt verändern zu können bzw. sich in der praktischen Politik den bestehenden Gegebenheiten anpassen. Die Marxistinnen und Marxisten konnten sich auf dem Kongress in der Friedensfrage durchsetzen. Mit Mehrheit verabschiedete der Kongress eine Erklärung, in der alle proletarischen Parteien auffordert wurden, gemeinsam etwas zur Verhinderung des Krieges zu tun. Wenn dies nicht gelänge seien überall Aktionen nötig, das Völkermorden sofort zu beenden.

Sieben Jahre später handelten die Führungen der deutschen, britischen, französischen sozialdemokratischen Parteien gegen alle Beschlüsse sowohl im nationalen Rahmen wie in der zweiten Internationale. Sie gingen in das Lager ihrer eigenen Bourgeoisie über. Sie bewilligten Kriegskredite und unterstützten den „nationalen“ Krieg ihrer eigenen herrschenden Klasse. Jupp Schleifstein schrieb 1980 in seiner Arbeit „Die ‚Sozialfaschismus‘-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund“⁵:

„Damit waren alle Schwüre und Beteuerungen der Internationalen Sozialistenkongresse (Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910, Basel 1912), dass man in einem kommenden imperialistischen Krieg die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zum Kampf gegen den Krieg mobilisieren werde, über Bord geworfen und alle programmatischen Grundsätze der Arbeiterbewegung zerrissen. Nur in einigen Ländern, so in Russland und Bulgarien, hielten die Mehrheit der Parteien und ihre Führer den Grundsätzen und Beschlüssen der Internationale die Treue und kämpften von Anfang an gegen den imperialistischen Krieg.

Dort, wo die rechten Führer die angeblich „nationalen“ Interessen über die Klasseninteressen des Proletariats stellten und ihre Parteien in chauvinistische Anhängsel der Bourgeoisie verwandelten, entstanden überall linke oppositionelle Gruppierungen, die - sich auf die antiimperialistischen Beschlüsse der Vorkriegszeit und auf die alten sozialistischen Grundsätze stützend - den Kampf gegen den Krieg aufnahmen. Pro- oder antiimperialistische Position; Unterstützung der ‚nationalen‘ Bourgeoisie im Krieg oder internationalistischer Kampf gegen den Krieg; Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital oder Klassenkampf gegen das Kapital - das waren die Grundlagen der Spaltung der Arbeiterbewegung und des Zusammenbruchs der II. Internationale. Selbstverständlich war diese Entwicklung nicht aus heiterem Himmel gekommen. Sie war das Ergebnis einer zunehmenden opportunistischen Entwicklung vieler sozialdemokratischer Parteien in dem Jahrzehnt vor dem ersten Weltkriege gewesen, die theoretisch in revisionistischen und sozialchauvinistischen Strömungen ihren Ausdruck gefunden hatte.“

In Auseinandersetzung mit diesem Verrat der Führer sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien, die sich eben – entgegen des eigenen Selbstverständnisses ihrer Parteien und der Beschlüsse der internationalen Arbeiterbewegung spätestens mit Kriegsausbruch auf die Seite ihrer Regierungen und des Kapitals stellten -, entwickelten

⁴ Werke, Bd. 15, S. 17-28

⁵ Schleifstein, Josef: Die "Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt am Main 1980 (zitiert nach der Internet-Fassung)

revolutionäre, marxistische Sozialdemokraten eine entschiedene Antikriegspolitik. Sie organisierten sich in verschiedenen, oft nebeneinander bestehenden Gruppen und mobilisierten – wie die Spartakusgruppe in Deutschland – für den Widerstand gegen den imperialistischen Krieg.

Im Gefolge des 1. Weltkrieges entwickelten sich – nicht nur in Europa – Massenbewegungen gegen den Krieg. In vielen Ländern Europas wollten die Menschen Frieden und Brot, die Bestrafung der Verantwortlichen für den Krieg. Revolutionäre Situationen entstanden. Der Höhepunkt dieser Massenbewegungen waren Hungerdemonstrationen, Streiks, Aktionen von Matrosen in den Kriegsflotten, waren Erhebungen in einer Reihe europäischer Länder.

Erst relativ spät kam es im Gefolge dieser revolutionären Entwicklungen auch zum endgültigen Bruch marxistischer Kräfte mit sozialreformerischen Parteien und zur Gründung konsequenter, revolutionärer kommunistischer und linkssozialistischer Parteien.

Aber wie war die Situation? Diese Parteien wurden im Sturm der Revolution geboren, mussten sich unmittelbar in revolutionäre Aktionen einbringen und erlebte erste tiefe Niederlagen.

In Deutschland verlor die erst an der Jahreswende 1918/19 gegründete kommunistische Partei im Januar 1919 ihre wichtigsten Führer und theoretischen Köpfe – Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Sie wurden, wie andere revolutionäre Kämpfer – bestialisch ermordet. Wenig später starb Franz Mehring. Die Streiks der Arbeiter in Rheinland-Westfalen – vor allem auch im Ruhrgebiet -, in Mitteldeutschland und Oberschlesien wurden im Frühjahr 1919 durch die Reaktion mit Waffengewalt unterdrückt. Nach der Bremer Räterepublik wurden auch die Münchener Räterepublik sowie die in Ungarn im Frühjahr bzw. Sommer 1919 blutig zerschlagen. Auch Streikaktionen und Proteste in Österreich, in Korea, Kuba, Ägypten und Indien wurden unterdrückt. Opportunistische Parteiführungen sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien waren – wie die rechte SPD-Führung in Deutschland – an der Zerschlagung der revolutionären Bewegung, am Terror der Konterrevolution unmittelbar beteiligt bzw. dafür mit verantwortlich.

Auf dem Gründungskongress der III. Internationale im März 1919 waren in Moskau erst 51 Delegierte aus 29 Ländern vertreten. Die KPD war damals - neben der Kommunistischen Partei Russlands (B) – die einzige größere und bedeutende Partei, die am Gründungskongress teilnahm. Sie hielt im März 1919 die Gründung der Kommunistischen Internationale jedoch noch für verfrüht, ihr Vertreter Hugo Eberlein enthielt sich deshalb bei der Abstimmung über die Gründung der KI der Stimme.

Ein Jahr später hatte sich die Situation verändert. Eine ganze Reihe neuer kommunistischen und linkssozialistischer Parteien war entstanden. Im März 1920 antworteten die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland mit einem umfassenden Generalstreik auf den konterrevolutionären Kapp-Putsch.

Die Sowjetmacht in Russland musste sich 1920 nach wie vor dem Ansturm von Weißgardisten und auch noch ausländischer Interventionsstreitkräfte entgegenstellen. Sie behauptete sich 1920 bereits mehr als 2 Jahre. Im Januar wurde die Sowjetmacht in Sibirien wiederhergestellt, im Februar bzw. März wurden die Ukraine und das Gebiet von Murmansk befreit, der dritte Feldzug der Entente wurde zurückgeschlagen (AprilNovember). Im Westen erlitt die Sowjetmacht im Krieg mit Polen jedoch eine Niederlage. Erst 1922 wurde der Ferne Osten endgültig befreit. Auch die Werktätigen vieler Länder hatten in diesen schweren Jahren unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland“ mit vielen Aktionen Sowjetrußland verteidigt.

Der Kern der Debatte

Lenin setzte sich in seiner Arbeit zum „linken Radikalismus“, die 1920 entstand, mit Hindernissen auseinander, die damals in den eigenen Reihen für die revolutionäre Entwicklung entstanden. Er ging, als er an seiner Schrift arbeitete, noch davon aus, dass der neue Revolutionszyklus, der 1917 mit der Februarrevolution in Russland begann und mit der Oktoberrevolution seinen ersten Höhepunkt erreichte, nicht beendet sei.

In den neu entstandenen revolutionären Parteien kam es – auch oft aus politischer Un- erfahrenheit, revolutionärer Ungeduld und mangelnden Kenntnissen der Geschichte der Arbeiterbewegung wie der marxistischen Theorie – zu linksradikalen Denk- und Verhal- tensweisen.

Barbara Preuß schrieb in ihrer Einführung zu Lenins Schrift, die Ihr in den Unterlagen zum Fernstudium findet:

„Innerhalb der noch jungen kommunistischen Bewegung war es in dieser Zeit zu Erscheinungen eines ‚linken‘ Radikalismus und Sektierertums gekommen. Schon Anfang 1918 hatte Lenin solche Erscheinungen als eine ‚Krankheit revolutionärer Parteien‘ bezeichnet, die am häufigsten dann auftreten, ‚wenn diese Parteien direkt oder indirekt den Kontakt, die Vereinigung, Verknüpfung proletarischer und kleinbürgerlicher Elemente herstellen und wenn der Gang der revolutionären Er- eignisse große und rasche Wendungen nimmt“.⁶

Wir sollten uns bewusst sein, dass die meisten der damals entstehenden Parteien in dieser Phase kaum Zeit hatten für die geduldige Formierung der Kräfte, für die marxisti- sche Bildung der Mitglieder oder gar für die intensive Diskussion über die nötige Strate- gie und Taktik.

Es musste unmittelbar gehandelt werden. Die Lage veränderte sich ständig.

Es gab – wie in der KPD – dabei in einer Reihe von Parteien jedoch heftigen internen Streit über die richtige Politik gegenüber den Gewerkschaften und die Wahlbeteiligung der Partei. Nicht nur die KPD musste sich mit revolutionärer Ungeduld auseinanderset- zen, die die Partei vor Ort oft in unüberlegte Abenteuer stürzte.

Das wurde beispielsweise schon auf dem Gründungskongress der KPD an der Jahres- wende 1918/1919 und kurz danach sichtbar: Viele Genossen glaubten, der Zusammen- bruch des Kapitalismus stünde unmittelbar bevor, es bräuchte nur noch einiger Anstöße und Kämpfe.

Die Erkenntnis, dass der Kampf der Arbeiterklasse von der Partei orientiert und geführt werden muss, dass dabei an den sozialen und politischen Tagesinteressen sowie de- mokratischen Forderungen der Massen angeknüpft werden muss, man also die reale Lage und den tatsächlichen Bewusstseinsstand in der Arbeiterklasse und den mit ihr in der Revolution gemeinsam agierenden anderen sozialen Kräften beachten, die eigene Kraft, die eigenen Möglichkeiten sowie das Vorgehen der Gegenkräfte realistisch ein- schätzen muss, hatte sich in der Partei noch nicht durchgesetzt.

Auch das erleichterte die Lage nicht gerade.

Lenin benannte in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kom- munismus“ die auch damals wichtigen Hauptfelder kommunistischer Politik unter den Bedingungen der Organisation des Kampfes gegen das Kapital und unter revolutionären

⁶ Lenin, Werke Bd. 27, S. 1

Bedingungen. Er setzte sich vor allem mit Argumenten, linksektiererischen Schlussfolgerungen sowie dem daraus resultierenden Fehlern im Handeln in den damals neu entstehenden kommunistischen und linkssozialistischen Parteien auseinander.

Die Kritik des „linken Radikalismus“ durch Lenin geschah **mit dem Ziel die marxistischen Parteien, die revolutionäre Bewegung unmittelbar zu stärken und die Auseinandersetzung weiter voranzutreiben**. Lenin vergaß zugleich aber auch weiter nicht Erscheinungen des rechten Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Und er kritisierte vor allem jene, die sich – wie Karl Kautsky - in der Theorie zum Marxismus bekannten, in der praktischen Politik, also auch in Revolutionszeiten, aber opportunistisch handelten.

Dies hieß, den kommunistischen Parteien, die sich im März 1919 in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossen hatten, zu helfen, in den damaligen revolutionären Auseinandersetzungen – **so schnell wie möglich - handlungs- sowie führungsfähig zu werden, eine entsprechende revolutionäre Strategie und Taktik zu entwickeln**.

Denn die Zeit drängte.

Was waren dies für linksradikale und sektiererische Tendenzen, mit denen sich Lenin entschieden auseinandersetzen musste?

Beispielsweise wurden unter den neuen Bedingungen legale Kampfmittel und die Arbeit in den reformistisch beherrschten Gewerkschaften sowie in bürgerlichen Parlamenten, ja sogar Wahlbeteiligungen kategorisch und unter allen Bedingungen abgelehnt.

In der KPD führte die Auseinandersetzung zur Parteispaltung. Auf dem Parteitag im Herbst 1919 verließen die Ultralinken die Partei und bildeten die KAPD. Eine wichtige Rolle für die KAPD spielten die niederländischen linkskommunistischen Theoretiker Anton Pannekoek und Herman Gorter

Hauptziel der KAPD war die sofortige Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und die Konstituierung einer Diktatur des Proletariats. Dabei wurde das russische Vorbild verworfen. Die KAPD lehnte, anders als die KPD, insbesondere den demokratischen Zentralismus sowie die Teilnahme an Wahlen und die Mitarbeit in reformistischen Gewerkschaften, ab.

Ein anderes Beispiel: Amadeo Bordiga (führendes Mitglied der Italienischen Sozialistischen Partei, Mitbegründer der 1921 gegründeten KPI) unterstützte auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale zwar Lenin in einer Reihe von Forderungen, **sprach sich aber zugleich gegen die Teilnahme der kommunistischen Parteien an den Wahlen innerhalb der industrialisierten Länder aus, weil dies angeblich der revolutionären Entwicklung eher hinderlich wäre**.

Ultralinke Positionen äußerten sich 1920 aber auch in **Besserwisserei und sektiererischem Verhalten gegenüber sozialdemokratischen Klassengenossen, sowie auch gegenüber in zentristischen Parteien organisierten Arbeitern**.

Abgelehnt wurden jegliche Kompromisse, jegliche Bündnisse. Das führte bis zur Ablehnung der Führer der Arbeiterbewegung.

Das waren Erscheinungen, die durch den Verzicht auf den Gebrauch bestimmter Kampfformen, auf die Formierung breiter Bündnisse die Handlungsfähigkeit der neu entstandenen kommunistischen Parteien wesentlich einschränkten, ja sie –

ausgerechnet in einer noch bestehenden revolutionären Situation - von den Massen isolieren konnten.⁷

Das heißt natürlich nicht, dass solche Positionen etwa in anderen historischen Situationen richtig wären. Nur ein Beispiel, zu dem man aber viele andere hinzufügen könnte: Wenn noch im September 2008 unbekannte Vertreter der sogenannten Internationale Kommunistische Partei auf der Seite von „Il programma comunista“, für die einst auch Amadeo Bordiga schrieb, im Zusammenhang mit der immer deutlicher werdenden Krise völlig undifferenziert Gewerkschaften, alle politischen Parteien usw. als Erfüllungsgehilfen des Kapitals, der bürgerlichen Gesellschaft bezeichneten, dann wird deutlich, dass die alten Fehler dort – wie auch in anderen Gruppen und Organisationen, dazu gehören auch manche der erst in den 60er Jahren oder nach 1990 entstandenen, - offenbar nie überwunden wurden.

Ein weiteres Problem in der Auseinandersetzung mit Vertretern ultralinken Positionen war, dass sie mit großem **Sendungsbewusstsein und als Hüter der „reinen Lehre“, als angebliche Verteidiger des Marxismus** auftraten, jegliche andere Position mit Misstrauen sahen und verdächtigen.

Einer der Vertreter der Ultralinken, Herman Gorter, impressionistischer Dichter, Philologe und Philosoph, warnte 1920 in einem Brief an Lenin gar vor **angeblich opportunistischen Tendenzen in der gerade gegründeten Kommunistischen Internationale**. Gorter wurde 1896 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, kämpfte auf ihrem linken Flügel gegen den sich ausbreitenden Revisionismus und Opportunismus. Er war 1918 einer der Mitbegründer der Niederländischen KP, siedelte noch 1918 nach Deutschland über und war dort auf dem linken, antiparlamentarischen Flügel der KPD und ab 1920 in der KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands), die während der Weimarer Republik eine parlamentarismuskritische und rätekommunistische Positionen vertrat, aktiv. Gorter vertrat die KAPD 1920 auf dem Kongress der Komintern in Moskau.

Gorter schrieb an Lenin:

„... Kommunisten werden auch jetzt wieder ins Parlament gehen, um Führer zu werden. Gewerkschaften und Arbeiterparteien werden unterstützt werden, um Stimmen bei Wahlen zu bekommen. Statt dass Parteien gegründet werden für den Kommunismus, wird der Kommunismus gebraucht werden, um Parteien zu gründen. Schlechte parlamentarische Kompromisse mit Sozialpatrioten und Bürgerlichen werden wieder in Brauch kommen, da doch die Revolution in Westeuropa eine langsame sein wird. Die Freiheit des Wortes wird unterdrückt werden und gute Kommunisten werden ausgestoßen werden. ... die Praktiken der zweiten Internationale werden wieder aufleben.

Dagegen muss die Linke aufstehen, zum Kampf dagegen muss sie da sein, wie sie das in der zweiten Internationale war. Die Linke muss darin von allen Marxisten und Revolutionären unterstützt werden, auch wenn sie meinen, dass sie im Einzelnen irrt. - Denn der Opportunismus ist unser größter Feind. Nicht wie Sie ... sagen, nur außerhalb, sondern in unseren Reihen.“

Und Gorter behauptete weiter:

„Tausendmal schlimmer, dass der Opportunismus mit seinen verheerenden Folgen für die Seele und die Kraft des Proletariats sich wieder einschleicht, als dass die Linke zu radikal auftritt. **Die Linke, auch wenn sie einmal zu weit geht,**

⁷ Vgl. auch Horst Schumacher: Die Kommunistische Internationale (1919 – 1943). Berlin 1989. S. 35

bleibt immer revolutionär (Hervorhebung – NH). Die Linke wird ihre Taktik ändern, sobald sie sieht, dass diese nicht richtig ist. Die opportunistische Rechte wird immer opportunistischer werden, immer mehr im Morast versinken, immer mehr die Arbeiter verderben. Nicht umsonst haben wir das im 25-jährigen Kampf erlebt. Der Opportunismus ist die Pest der Arbeiterbewegung, der Tod der Revolution. Durch den Opportunismus kam alles Üble, der Reformismus, der Krieg, die Niederlage, der Tod der Revolution in Ungarn und Deutschland. Der Opportunismus ist die Ursache unseres Untergangs. Und er ist da, in der dritten Internationale.“⁸

Wenn man in diesem Brief nach überlegenswerten Alternativen sucht, dann wird man nicht fündig. Es gab sie nicht.

Auf der anderen Seite kann man jedoch nicht einfach darüber hinweggehen: Zahlreiche Kommunistinnen und Kommunisten haben sich in den Folgejahren eben nicht durch den bürgerlichen Parlamentarismus „einkaufen“ lassen, sondern immer konsequent Klassenpositionen vertreten. Als die Faschisten in Deutschland 1933 an die Macht gebracht wurden, gehörten zu ihren ersten Opfern Landtags- und Reichstagsabgeordnete der KPD.

Später gab es andere Erfahrungen. In anderen Parteien. Gorters Mahnung war 1920 - historisch gesehen - nicht unberechtigt. Doch die Art und Weise seiner Kritik machte – auch aus heutiger Sicht – meines Erachtens jegliche weitere Diskussion unmöglich. Wenn jede abweichende Meinung bereits des Revisionismus bzw. Opportunismus verdächtigt wird – und dies durch selbsternannte Hüter der „reinen Lehre“ -, wird jede notwendig Diskussion und Debatte um die richtige Strategie und Taktik unter den jeweils existierenden gesellschaftlichen Bedingungen eigentlich unmöglich.

Denn damit wurde – schon damals auch durch Besserwisserei und unberechtigte Verdächtigungen - die Atmosphäre vergiftet, auf einer solchen Grundlage konnte es eigentlich kein Vertrauen mehr geben.

Man muss mal überlegen, was da Kommunistinnen und Kommunisten unterstellt wurde, die zu dieser Zeit teilweise noch unter Einsatz ihres Lebens kämpften. An die Stelle offener Debatte wurde von vornherein Misstrauen gesät.

Wie soll so eine Gemeinschaft Gleichgesinnter funktionieren? Der Vorwurf des Opportunismus wirkte – gerade aufgrund der vorhergehenden historischen Erfahrungen mit dem Klassenverrat der rechten Führungen sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien - vergiftend.

Für Lenin stellte das Vorgehen der „linken Kommunisten“ ein großes Hindernis bei der Formierung handlungsfähiger kommunistischer Parteien dar. Aber er reagierte gelassen, argumentierte inhaltlich, versuchte zunächst zu überzeugen und eben nicht – wie andere nach ihm - mit administrativen Mitteln bzw. mit Gewalt vorzugehen.

Dabei ist hier nicht der Platz genauer zu untersuchen, ob Lenin damals selbst Fehler in der Auseinandersetzung beging und ob es möglich gewesen wäre, Leute wie Bordiga, wie Pannekoek bzw. alle „linke Kommunisten“ zu halten oder gar zu überzeugen. Nicht wenige traten später aus ihren Parteien aus, andere wurden ausgeschlossen. Viele bewährten sich im antifaschistischen Kampf. Einige landeten aber beim Klassengegner und wurden später – wie Ruth Fischer, die Schwester von Hans und Gerhart Eisler - zu wütenden Antikommunisten. Ruth Fischer denunzierte in der US-amerikanischen Emigration in der Zeit der Kommunistenverfolgung ab 1947 in Zeitschriftenartikeln und vor

⁸ Herman Gorter: Offener Brief an den Genossen Lenin

dem „Komitee für unamerikanisches Verhalten“ ihre Brüder als Kommunisten. Bei der Verhandlung gegen Gerhart Eisler war sie Hauptzeugin der Anklage. In der Folge kam der in Haft, sein Bruder Hans wurde ausgewiesen.

Dass Lenins Herangehen durchaus richtig war, legte überzeugend ein Zeitgenosse dar. Der bekannte marxistische Philosoph, Ästhetiker und Literaturtheoretiker Georg Lukács, den Lenin wegen dessen ultralinken Positionen in der Wahlfrage heftig kritisiert hatte, berichtete über seinen eigenen Werdegang in der 1967 geschriebenen neuen Einleitung zu seiner Arbeit „Geschichte und Klassenbewusstsein“⁹.

Ich möchte dies etwas ausführlicher zitieren, weil damit vielleicht verständlich wird, warum sich Lenin sich so bemühte in seiner Arbeit zum „linken Radikalismus“ mit Argumenten zu überzeugen.

Lukács war schon früh mit marxistischen Arbeiten konfrontiert. Zudem von Hegel beeinflusst, mit radikalen Ideen bekannt, aber von der sozialdemokratischen Theorie (vor allem Kautsky) abgestoßen, während des 1. Weltkrieges Rosa Luxemburg lesend, aber auch vom Syndikalismus angezogen, entstand aus all dem nach seinen Aussagen mit der Zeit „ein innerlich widersprüchliches Amalgam in der Theorie, das für mein Denken in der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren ausschlaggebend wurde“.¹⁰ Er gehörte dabei zu jenen, die mit ihrer eigenen Klasse brachen und sich – mitten in einer „Weltkrise“¹¹ – auf die Seite der Arbeiterklasse stellten. Lukács beschrieb im Folgenden seinen Erkenntnisprozess. Doch erst mit der russischen Revolution eröffnete sich auch für ihn „eine Zukunftsperspektive in der Wirklichkeit selbst“. Lukács: „Unsere Kenntnis der Tatsachen und Perspektiven waren damals sehr gering und sehr unzuverlässig, trotzdem sahen wir, dass – endlich! endlich! – ein Weg für die Menschheit aus Krieg und Kapitalismus eröffnet wurde“¹².

Er engagierte sich für die ungarische Räterepublik, blieb der Idee auch nach der Niederlage treu, arbeitete in Wien für die Zeitschrift „Kommunismus“, die zeitweilig zu „einem Hauptorgan der ultralinken Strömungen in der III. Internationale wurde. Neben österreichischen Kommunisten, ungarischen und polnischen Emigranten, die den internen Stab und die ständige Mitarbeiterschaft bildeten, sympathisierten mit ihren Bestrebungen italienische Ultralinke wie Bordiga, Terracini, holländische wie Pannekoek und Roland Holst, etc.“¹³ „Als Mitglied des inneren Kollektivs des ‚Kommunismus‘ nahm ich“, so Lukács weiter, „lebhaft teil an der Ausarbeitung einer ‚linken‘ politisch-theoretischen Linie. Sie beruhte auf dem damals noch sehr lebendigen Glauben, dass die große revolutionäre Welle, die die ganze Welt, wenigstens ganz Europa in kurzer Zeit zum Sozialismus führen werde, durch die Niederlagen in Finnland, Ungarn und München keineswegs abgeebbt sei.“¹⁴

Lukács verwies sehr richtig auf den **messianisch-utopischen Charakter jener ultralinken Bestrebungen**, die sich aber auch schon gegen eine sichtbare, beginnende Verknöcherung und Bürokratisierung in den kommunistischen Parteien und im Sowjetstaat wandten.

Lukács machte zugleich darauf aufmerksam, dass ihm damals Lenins Kritik half, gewisse Einseitigkeiten seines eigenen Ansatzes zu überwinden.

⁹ Georg Lukacs: Geschichte und Klassenbewusstsein. Vorwort von 1967. Darmstadt 1967. S. 6

¹⁰ Ebenda. S. 6-7

¹¹ Ebenda. S. 7

¹² Ebenda. S. 8-9

¹³ Ebenda. S. 10

¹⁴ S. 11

Es ist heute müßig zu fragen, wie sich die kommunistische Bewegung entwickelt hätte, wenn Lenin nicht schon 1924 gestorben wäre.

An welchen Voraussetzungen und historischen Erfahrungen konnte Lenin anknüpfen?

Erstens: Lenin war dialektischer Materialist. Nicht nur politisch, sondern auch theoretisch sowie methodisch erwies er sich unter den konkreten Bedingungen seiner Zeit als wahrhafter Nachfolger von Marx und Engels.

So ging er auch bei den Arbeiten zu seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ vor. Jupp Schleifstein machte in seinem grundlegenden Artikel „Lenins Auffassung der Parteiorganisation“, der in drei Folgen in den Marxistischen Blättern Ende 1990, Anfang 1991 erschien (MBI 6-90, 1-91 sowie 2-91), darauf aufmerksam, dass dem Leninschen Denken zwei wesentliche Elemente zugrunde lagen:

„Historizität und Dialektik, die beide eng miteinander verbunden waren. Jedes dieser Elemente“, so Schleifstein, „aber richtete sich gegen die ahistorische Dogmatisierung einer bestimmten Idee oder These, gegen den Verzicht auf die konkret-historische Untersuchung; gegen das Kleben an einmal richtig gewesenen Formeln, gegen die Vereinseitigung und Verabsolutierung von Kampf und Organisationsformen; gegen den Glauben an widerspruchsfreie Entwicklungen; gegen jeden Verzicht auf die ständige Überprüfung der eigenen Praxis an der sich verändernden gesellschaftlichen Realität.“¹⁵

An erster Stelle stand für Lenin, wie natürlich auch für Marx und Engels, dabei die **Objektivität der Betrachtung**, die **beständige Analyse**, Untersuchung der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse wie sie wirklich sind, ohne erdachte Zutat.

Als notwendig sahen Marx, Engels und Lenin zugleich die **Allseitigkeit der Analyse an**, „die Untersuchung der Gesamtheit“ der mannigfaltigen, vielfachen und widersprüchlichen Zusammenhänge. Aber diese konnte nicht nur im Moment der Betrachtung erfasst werden, sondern mussten auch in der historischen Entwicklung, in ihrer Veränderung erkannt werden. Dialektisches Denken schloss bei Marx, Engels und Lenin also immer auch die Betrachtung der historischen Veränderungen und Entwicklungen, also die **Historizität**, ein.

Doch Engels machte in der alten Vorrede zum „Anti-Dühring“ „Über die Dialektik“ auch auf die historischen Grenzen von Erkenntnissen aufmerksam. Er stellte fest, dass das

„theoretische Denken einer jeden Epoche ... ein historisches Produkt“ ist, das zu verschiedenen Zeiten sehr verschiedene Form und damit auch sehr verschiedenen Inhalt annehme¹⁶.

Er verwies auf die historischen Voraussetzungen und konkreten Bedingungen, unter denen sich Erkenntnisentwicklung vollzieht. Das bedeutete, dass man sich irren konnte – trotz strenger wissenschaftlicher Herangehensweise. – Deshalb wurden Gegenargumente nicht unbedingt sofort abgelehnt, sondern geprüft, suchten Marx, Engels und auch Lenin immer nach besseren Argumenten. Und korrigierten sich, wenn sie Fehlern in den eigenen Untersuchungen und Theorien erkannten.

¹⁵ Josef Schleifstein: Lenins Auffassung der Parteiorganisation als geschichtliches Problem. Erster Teil. In: Marxistische Blätter. Heft 6/1990. S. 79

¹⁶ Friedrich Engels: Dialektik der Natur. Alte Vorrede zum „Anti-Dühring“. Über die Dialektik. In: MEW. Bd.20.S.331. Berlin 1962

Hier wird deutlich, dass die Stärke, die Lebenskraft des Marxismus in seinem undogmatischen, schöpferischen Charakter liegt. Und das spiegelte sich selbst in der konkreten Parteifrage bei Lenin wieder. Lenin stimmte voll mit Friedrich Engels überein, der am 11. März 1895 an Werner Sombart geschrieben hatte:

„Aber die ganze Auffassungsweise von Marx ist nicht eine Doktrin, sondern eine Methode. Sie gibt keine fertigen Dogmen, sondern Anhaltspunkte zu weiterer Untersuchung und die Methode *für* diese Untersuchung“¹⁷

In einem Brief an Laura Lafargue vom 4. Mai 1891 nannte Engels die marxistische Theorie

„die lebendige Theorie der Aktion, der Arbeit mit der Arbeiterklasse in jedem möglichen Stadium ihrer Entwicklung“, und „keine Sammlung von Dogmen, die auswendig zu lernen und aufzusagen sind wie eine Beschwörungsformel oder ein katholisches Gebet“.¹⁸

Als Dialektiker und praktisch politisch arbeitender verantwortlicher Revolutionär mit großer Erfahrung, mussten für Lenin alle Leute ein Gräuel sein, die mit **Sendungsbewusstsein und als Hüter der „reinen Lehre“**, als angebliche **Verteidiger des Marxismus** auftraten

Zweitens: Objektivität der Betrachtung bedeutete aber auch, zunächst und zuallererst nach den objektiven gesellschaftlichen Ursachen für Denkweisen und das Verhalten von Menschen zu suchen, ohne individuelle und subjektive Faktoren wie das familiäre Umfeld, eigene Erfahrungen, Interessen usw. zu vernachlässigen. Objektivität der Betrachtung schloss auch ein, die möglichen praktischen Folgen bestimmter Positionen zu analysieren und Vorschläge für die Lösung von Konflikten zu suchen.

Lenin vermochte es wie kaum ein anderer, Genossinnen und Genossen, die in politischen Fragen von der diskutierten und beschlossenen Linie der Partei abwichen oder seines Erachtens in philosophisch-weltanschaulichen Fragen falsche Positionen einnahmen, aber treu zur Revolution und zur Partei standen, zu integrieren und ihre Stärken zu nutzen.

Drittens verarbeitete Lenin nicht nur eigene politische Erfahrungen, er konnte auch unmittelbar an historischen Erfahrungen vom Marx und Engels anknüpfen.

Erste Auseinandersetzungen über das gesellschaftliche Ziel und die dazu nötigen gesellschaftlichen Entwicklungen wie politischen Aktionen erlebten Marx und Engels bereits im Bund der Kommunisten in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Beispielsweise mit der Fraktion Schapper/Willich unmittelbar nach dem Scheitern der 1848er/49er Revolution.

Bereits im "Manifest" hatten Marx und Engels von den Kommunisten gefordert an die bestehende Bewegung der Arbeiter anzuknüpfen, sie wandten sich gegen die Selbstisolierung von der allgemeinen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung.

Vor allem in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden Arbeiterparteien und neue Organisationen. Einige dieser Parteien und Organisationen aus Europa und den USA schlossen sich in der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation zusammen, zu der auch anarchistische Gruppen gehörten. Hauptaufgabe war – ganz im Sinne des Kommunistischen Manifests – die Anstrengungen im Kampf zwischen Arbeit und Kapital

¹⁷ Friedrich Engels: Engels an Werner Sombart. 11. März 1895. In: MEW. Bd. 39. S. 428. Berlin 1968

¹⁸ MEW. Bd. 38. S. 101

international zu vereinen¹⁹. Die Erfahrungen bei der Gründung von Arbeiterparteien, der sich ausweitenden Kämpfe und vor allem der Pariser Kommune (1871) mussten analysiert und verallgemeinert werden.

Marx und Engels hatten vor den Pariser Ereignissen die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse als zu verfrüht bezeichnet, stellten sich aber 1871 voll hinter die Kommunarden. Das Fanal der Pariser Kommune führte vor allem in Italien und Spanien zu einem bedeutenden Aufschwung der revolutionären Bewegung, beides Länder, in denen die kapitalistische Entwicklung damals noch zurückgeblieben war. Der Aufschwung dieser Bewegung erfolgte dort jedoch nicht unter dem Banner des Marxismus, sondern unter dem des Anarchismus.

Karl Marx und Friedrich Engels versuchten über den Generalrat und über ihre persönlichen Kontakte wichtigen Einfluss auf die Politik der Assoziation und der angeschlossenen Parteien und Organisationen zu nehmen. Diese Zeit war von heftigen Auseinandersetzungen um die nächsten Ziele, um programmatische Grundfragen und Kampfformen geprägt. Die Hauptauseinandersetzung in der I. Internationale wurde mit den Anarchisten um Bakunin geführt.

Während Marx und Engels für eine straffe Organisation der noch zu bildenden Arbeiterparteien in den Einzelstaaten unter zentralistischer Führung der Internationalen eintrat, war Bakunin für strikte Herrschaftslosigkeit und gegen jegliche Form von zentraler Führung durch irgendeine Partei oder Klasse. Bakunin propagierte zudem den Ausschluss jeglichen Prinzips „von Autorität und Staatsraison“ sowie die „Abschaffung jeglicher Verwaltung, der Bürokratie, der stehenden Heere und der Staatspolizei“. Marx und Engels machten dagegen darauf aufmerksam, dass aber der Sieg des Proletariats und der Sturz der Bourgeoisieherrschaft einer längeren Vorbereitung und der politischen Organisation des Proletariats brauchen. Auch nach dem Sieg sei für eine (längere) Übergangszeit eine politische Ordnung nötig, die sie „Diktatur des Proletariats“ nannten.

Als gesellschaftliche Hauptkraft sah Bakunin zudem – auch dies war ein Konfliktpunkt – nicht im „großindustriellen Proletariat“, sondern in Randgruppen, der deklassierten Jugend, dem Lumpenproletariat und der bäuerlichen Masse. Die politische Betätigung der Arbeiter wurde abgelehnt.

Letztlich führte dieser Konflikt zur Spaltung der Internationalen Arbeiterassoziation auf dem Den Haager Kongress 1872.

Auch später musste sich Engels immer wieder mit linkssektiererischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung auseinandersetzen. Über die damaligen amerikanischen Sozialisten und über die britische Social Democratic Federation schrieb Engels am 28. Dezember 1886 in einem Brief an Florence Kelley-Wischnewetzky, sie hätten die - nicht immer verstandene - Theorie zu einem Dogma gemacht. Er fordert die amerikanischen Sozialisten auf,

„für jede wirkliche allgemeine Bewegung der Arbeiter einzutreten, deren faktischen Ausgangspunkt als solchen zu akzeptieren und sie schrittweise dadurch auf die theoretische Höhe zu bringen, dass sie zeigen, wie jeder begangene Fehler, jede erlittene Schlappe eine Folge falscher theoretischer Ansichten im ursprünglichen Programm war“.²⁰

An diese Erfahrungen knüpfte Lenin an. In der Auseinandersetzung mit linken Sektierern und Dogmatikern aller Schattierungen ging es darum

¹⁹ Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen. In: MEW. Bd. 16, S. 190-1999

²⁰ MEW. Bd. 36. S. 589

- Ihre Unfähigkeit, von den konkreten Bedürfnissen und Forderungen der arbeitenden Massen auszugehen und in jedem Entwicklungsstadium das Niveau und den unvermeidlichen Lernprozess der Massen einzukalkulieren, aufzuzeigen.

In diesem Zusammenhang sprach Engels von der Nutzlosigkeit selbst einer theoretisch größtenteils richtigen Plattform, „wenn sie nicht an die wirklichen Bedürfnisse der Leute anzuknüpfen versteht“.²¹ Engels unterstrich, dass die Arbeiter die marxistische Theorie nicht „als Glaubensartikel sofort und ohne Entwicklung herunterwürgen“ könnten, sie müssten sich zu ihr „aus ihrem eigenen Klassengefühl heraus emporarbeiten“.²²

- Es ging darum, auf Gefahren zu verweisen, die sich aus der Ablehnung der Notwendigkeit von Bündnissen mit anderen politischen Kräften ergaben. Engels schrieb 1887:

„Hätten wir von 1864 bis 1873 darauf bestanden, nur mit denen zusammenzuarbeiten, die offen unsere Plattform anerkannten, wo wären wir heute? Ich denke, unsere Praxis hat bewiesen, dass es wohl möglich ist, mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse in jeder einzelnen Etappe zusammenzuarbeiten, ohne unsere eigene aparte Stellung oder gar Organisation aufzugeben oder zu verbergen. ..“²³

- Es ging zudem darum, den „umgestülpten Opportunismus der sektiererischen und ultralinken Kräfte“ (Schleifstein) nachzuweisen, die das Endziel verabsolutieren und alle notwendigen Durchgangsstadien und Etappenziele für unzulässig erklären. 1874 schrieb Engels in seinem Aufsatz über das Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge:

„Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen: die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert. Die Dreiunddreißig sind Kommunisten, weil sie sich einbilden, sobald sie nur den guten Willen haben, die Zwischenstationen und Kompromisse zu überspringen, sei die Sache abgemacht, und wenn es, wie ja feststeht, dieser Tage ‚losgeht‘, und sie nur ans Ruder kommen, so sei übermorgen ‚der Kommunismus eingeführt‘. Wenn das nicht sofort möglich, sind sie also auch keine Kommunisten. Kindliche Naivität, die Ungeduld als einen theoretisch überzeugenden Grund anzuführen!“²⁴

Jupp Schleifstein verwies 1970 in seinem Beitrag auf der Engels-Konferenz der DKP (?) in Wuppertal aber auch darauf, dass Marx, Engels und Lenin den Anarchismus und andere ultralinke Strömungen nie deshalb kritisiert haben:

„... , weil sie etwa, wie sich manche der heutigen linken Grüppchen schmeicheln, zu revolutionär wären, **sondern weil sie die nur konkret-historisch bestimm- baren revolutionären Forderungen und Ziele durch ein stereotypes, leeres Revolutionsgeschrei ersetzen** (Hervorhebung – NH). Während des Sozialistengesetzes schrieb Marx über das Organ des Anarchisten Most: ‚Wir werfen dem

²¹ Ebenda. S. 80

²² MEW. Bd. 39. S.245

²³ MEW. Bd. 36. S. 598

²⁴ MEW. Bd. 18. S. 533

Most nicht vor, dass seine ‚Freiheit‘ zu revolutionär ist, wir werfen ihm vor, dass sie keinen revolutionären Inhalt hat, sondern nur in Revolutionsphrasen macht.“

Zur aktuellen Bedeutung von Lenins Schrift

Von der Niederlage 1989/90 waren nicht nur die regierenden kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern Europas betroffen. Eine ganze Reihe von Parteien auch in Westeuropa verloren Mitglieder, lösten sich auf oder spalteten sich.

Diese Krise der kommunistischen Bewegung ist offensichtlich bis heute nicht überwunden. Und sie betraf nicht nur jene Parteien, die bis zu ihrer Auflösung der Kommunistischen Internationale angehört hatten, sondern auch linkskommunistische Abspaltungen und linkssozialistische Organisationen. Die Niederlage traf aber auch andere Organisationen, vor allem veränderten sich die Bedingungen gewerkschaftlicher Kämpfe.

Ein Teil der Mitglieder früherer kommunistischer Parteien ging in linksreformistische Parteien, andere schlossen sich linksradikalen Gruppen an usw.

Andere versuchten, ihre Parteien zu erhalten und zu reorganisieren.

Anfang 1990 gab es in der DKP und in ihrem Umfeld in diesem Zusammenhang eine grundlegende Diskussion über das bisherige kommunistische Parteiverständnis. Unter neuen Bedingungen musste die DKP, mussten auch andere kommunistische Parteien nach der Niederlage des Sozialismus in Europa, nach der Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung, Folgerungen ziehen, wie unter den neuen Bedingungen eine kommunistische Partei ihre Aufgabe in den Kämpfen um die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wahrnehmen kann.

Dazu gehörte die Rückbesinnung darauf, dass weder Marx noch Engels und erst recht nicht Lenin jemals eine für alle Zeiten geltende Parteikonzeption entwickelt hatten. Unter Bedingungen der Illegalität, von Verfolgung, Verbannung, dem Zwang zur äußersten Konspiration muss eine kommunistische Partei anders organisiert sein als in Zeiten der Legalität, der vollen Öffentlichkeit, oder gar des Zustroms vieler neuer Mitstreiter.

Betont wurde auch, dass es notwendig ist, alle Einseitigkeiten und Dogmatisierungen der marxistischen Theorie zu überwinden, im Sinne der Begründer unserer Weltanschauung. Die Stärke, die Lebenskraft des Marxismus liegt in seinem undogmatischen, dialektischen Charakter. Das ist eine Lehre, die unabhängig von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, gilt. Auch heute.

Viele Grundaussagen Lenins – so das Ergebnis dieser Diskussion – sind nach wie vor richtig, andere nur im historischen Kontext verständlich. Nicht alles aus der Leninschen Schrift zum „linken Radikalismus“ kann und darf man deshalb

Erstens: „buchstabengerecht“ auf die heutige Zeit übertragen.

Nehmen wir ein Beispiel: Die Delegierten des II. Weltkongresses 1920 beschlossen die Statuten der KI und - auf der Grundlage der Leninschen Positionen - die strengen Leitsätze zur Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. In diesen Leitsätzen wurde unter anderem auf die Einheit der Kommunisten orientiert, eine Zersplitterung in verschiedene Gruppen und Strömungen abgelehnt.

Beschlossen wurden gleichfalls Leitsätze über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Danach war es unmöglich, dass reformistische oder zentristische Parteien Mitglied der Internationale werden konnten. Gefordert wurden an-

tikolonialer Kampf der Parteien in jenen Ländern, die Kolonien besaßen, Arbeit in Gewerkschaften, in Arbeiter- bzw. Betriebsräten, in Massenorganisationen, gefordert wurden die Gründung von kommunistischen Zellen in den Organisationen, Agitation auf dem Lande und unter Landarbeitern und anderes mehr. Festgeschrieben wurde unter anderem die Verpflichtung zum demokratischen Zentralismus.

Bei der Begründung der von ihm formulierten „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ erklärte Lenin – ausdrücklich auf die entstandene historische Situation bezogen: „Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die kommunistische Partei nur dann ihre Pflicht erfüllen können, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist, wenn in ihr eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt, und wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.“ Eine solche Disziplin forderte er auch für die Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Ich muss hier aber darauf verweisen, auf welche aktuelle historische Situation er sich bezog. Sein Verständnis von demokratischem Zentralismus schloss aber ein breiteres Verständnis ein. Für Lenin sind in der Partei zugleich breite demokratische Willensbildung, konstruktiver Meinungsstreit und Freiheit der Kritik notwendig, um eine richtige Politik entwickeln zu können und Fehler zu vermeiden²⁵. Zugleich, so Lenin, sind Diskussion und Meinungsstreit nicht Selbstzweck. Sie müssen dem revolutionären Ziel und dem einheitlichen, zentralistischen Handeln dienen.

Strengste, ja militärische Disziplin war nur unter extremen Bedingungen des Kampfes möglich und nötig - und bewährte sich auch beispielsweise im Kampf gegen den Faschismus. Bereits 1921 begann Lenin zu überlegen, wie man in der Partei (wie der Gesellschaft) demokratischere Strukturen schaffen könnte.

Doch diese wichtige Seite des „demokratischen Zentralismus“ wurden in den folgenden Jahrzehnten in kommunistischen Parteien oft ausgeblendet, obgleich es auch vor 1989/90 nötig gewesen wäre, eine breite Diskussion und Willensbildung in den Parteien zu führen.

Doch zu oft versteckten sich Parteiführungen regelrecht hinter der Forderung nach einem starken, autoritativen Organ „mit weitreichenden Vollmachten“. Dass 1989/90 auch die Führung der SED keine Autorität mehr besaß, hat auch sehr viel mit dem sehr einseitigen Verständnis des „demokratischen Zentralismus“ zu tun. Dass aber auch die Parteibasis im Sommer und Herbst 1989 nicht mehr handlungsfähig war und teilweise zu Gruppen wie dem „Neuen Forum“ tendierte, hatte auch etwas damit zu tun, dass tatsächliche Diskussionen, dass politische Willensbildung in der Partei schon lange nicht mehr stattfand.

Wir haben als DKP schon Anfang der 90er Jahre versucht, aus diesen Fehlern zu lernen und zugleich den neuen Kampfbedingungen gerecht zu werden.

Es gab entsprechende Veränderungen des Statuts unserer Partei. Wie es sich aber immer wieder zeigt, sind in einer kommunistischen Partei neben breitester, offener Diskussion eben auch Disziplin und – nach abgeschlossener Diskussion und Beschluss – auch Beschlussverbindlichkeit unumgänglich.

Im 2006 beschlossenen Parteiprogramm heißt es zu den „Prinzipien des innerparteilichen Lebens“:

²⁵ Lenin. Werke. Bd. 10. S. 383/384

„Die Gemeinsamkeit der Weltanschauung und der politischen Ziele bestimmt die Prinzipien des innerparteilichen Lebens der DKP. Sie schafft die Voraussetzung dafür, dass sich die DKP als eine einheitliche und solidarisch handelnde Kampf-gemeinschaft von Gleichgesinnten entwickelt. Meinungsvielfalt, streitbare Diskus-sion und gemeinsame Aktion bilden eine Einheit. Die Mitglieder der DKP lassen sich von dem Grundsatz leiten, dass nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke ist. Vor-aussetzung dafür ist die solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Über-einstimmung. Darum verbindet sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der einheitlichen, zentralisierten Aktion.

Zu den Grundsätzen des innerparteilichen Lebens gehören: die Wählbarkeit aller Leitungen von unten nach oben, die Rechenschaftspflicht, die Einbeziehung der ganzen Partei in die Entwicklung der Politik und Programmatik, zentralisiertes, einheitliches Handeln durch die Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeord-neten gewählten Parteiorgane für die nach geordneten Leitungen und die Mit-gliedschaft, die Organisierung der Partei in Grundorganisationen und die Pflicht eines jeden Mitglieds, in einer Grundorganisation mitzuarbeiten, sich im Rahmen der persönlichen Möglichkeiten in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzu-bringen und sich theoretisch weiterzubilden.

Kommunistinnen und Kommunisten wirken dafür, dass das Leben der Partei be-stimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Ver-antwortung des einzelnen.“

Das muss immer wieder neu „mit Leben erfüllt werden“.

Zweitens: Eine andere Lehre war, dass keine Generation von Kommunistinnen und Kommunisten davor gefeit ist, Fehler zu begehen. Das betrifft opportunistische Ent-scheidungen, aber auch ultralinke Fehler. Vor allem die linksradikalen Fehler kritisierte Lenin damals in seiner Schrift. Die gibt es auch in der Geschichte der KPD vor 933 und auch nach 1945.

Ich kann hier nur einige Beispiele anführen:

Grundfalsch, die Klassenbasis des Faschismus vernachlässigend, die zunehmende Massenbasis auch in Teilen der Arbeiterklasse ignorierend und ultralinks war die Sozi-alfaschismusthese der KPD. Die SPD wurde in einer Zeit zunehmender faschistischer Gefahr – durch die KI bzw. durch das Diktat Stalins initiiert – als Hauptfeind des revolu-tionären Proletariats denunziert.

Doch der Zorn vieler Kommunistinnen und Kommunisten war andererseits verständlich. Sozialdemokratische Minister befahlen - wie am 1. Mai 1929 in Berlin - den Mord an Ar-beitern oder die Verfolgung von Mitgliedern der KPD. Rechte Sozialdemokraten erwie-sen sich in der Weimarer Republik immer mehr als Stütze und Verteidiger des kapitali-stischen Systems. Emil Carlebach hat diese Problematik Anfang der 90er Jahre einmal auf einer Thälmann-Gedenkveranstaltung in Berlin verdeutlicht. Als 17-Jähriger Kom-munist erlebte er selbst Ende der 20er Jahre Terror und Verfolgung.

Die falsche These wurde durch die KPD 1932 aufgegeben, nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und besonders im Prozess der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau wurde die „Sozi-alfaschismusthese“ als ernster Fehler der Kommunistischen Internationale und vor allem

der KPD kritisiert und korrigiert²⁶. Aber die Chance zur antifaschistischen Einheitsfront, zum gemeinsamen Widerstand von Kommunisten und Sozialdemokraten war zunächst vergeben. Man hatte der rechten Führung der Sozialdemokratie die Vorlage geliefert, jegliches Zusammengehen abzulehnen. Die Einheitsfront konnte sich allmählich erst im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus entwickeln und reichte dann weit bis in das bürgerliche Lager.

Oder nehmen wir den problematischen Beschluss der KPD von 1951 zu den Gewerkschaften. In der *These 37* des 51er Parteitages formulierte die KPD ein Primat der Partei über das gewerkschaftliche Handeln. Dieser Beschluss führte dazu, dass Kommunistinnen und Kommunisten damals reihenweise aus den Gewerkschaften flogen oder die Partei verlassen mussten, wenn sie als Funktionäre der Gewerkschaften weiter für die Durchsetzung von Klassenpositionen in den Gewerkschaften kämpfen wollten. Das hat der KPD großen Schaden gebracht und wirkte nach.

Aber auch die These vom „Revolutionären Sturz der Adenauer-Regierung“, die 1956 zur Begründung des KPD-Verbots genutzt wurde, gehört zu „ultralinken“ Fehlern, die Lenin heftig kritisiert hätte. Dabei geht es nicht darum, ob die Führung der KPD Anfang der 50er Jahre Vorgaben der KPdSU oder der SED folgte, ob diese Vorgaben in Moskau, vielleicht durch Stalin selbst, konzipiert wurden. Das ist in diesem Zusammenhang zunächst letztlich zweitrangig. Die Forderung war den Bedingungen nicht angemessen. Sie wurde selbst von Bündnispartnern nicht verstanden und war in keiner Weise geeignet, Mehrheiten zu erreichen. Sie führte eher zur Isolation der Partei, die unter dem Druck wachsenden Antikommunismus in Westdeutschland weiter zunahm.

Und sicher sind wir auch heute in der DKP überhaupt nicht davor gefeit, ähnliche Fehler zu begehen. Auf allen Ebenen.

Deshalb ist es notwendig, sich mit aller Erscheinungen und Positionen, die zur Selbstisolierung von der allgemeinen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung sowie von den anderen gesellschaftlichen Bewegungen führen könnten, ganz im Sinne der Begründer des Marxismus auseinanderzusetzen.

Nicht radikalere Losungen, die am Bewusstseinsstand der Mehrheit der Menschen im Land und der Arbeiterklasse völlig vorbeigehen, werden uns voranbringen.

Anknüpfend an die Leninsche Argumentation gilt nach wie vor, dass wir an den sozialen und politischen Tagesinteressen sowie demokratischen Forderungen der Massen anknüpfen müssen, dabei die reale Lage und den tatsächlichen Bewusstseinsstand in der Arbeiterklasse und den mit ihr gemeinsam agierenden anderen sozialen Kräften beachten, die Kraft und die Möglichkeiten der Partei sowie das Vorgehen der Gegenkräfte, das Kräfteverhältnis realistisch einzuschätzen haben.

Da muss man genau überlegen: Was ist dabei unsere wichtigste Aufgabe in der heutigen Zeit beim Kampf um die grundlegende Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse? Robert Steigerwald hat einmal ganz kurz formuliert, unsere Aufgabe heute sei es, „die arbeitenden Massen vom ideologischen und politischen Gängelband der Bourgeoisie los zu reißen“.

Im Programm der DKP werden unsere heutigen Aufgaben natürlich weit ausführlicher formuliert: Bezogen auf ideologische Aufgaben, auf unsere Haltung zu den Gewerkschaften, auf die Aktionseinheits- und Bündnispolitik usw.

Das sozialistische Ziel und mögliche Wege zum Sozialismus werden benannt.

²⁶ Vgl. Josef Schleifstein: Die "Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund. Frankfurt am Main 1980

Mit den Arbeitsvorhaben für 2008/2009 haben wir auf der 1. Tagung des 18. Parteitages kurz- und mittelfristigen Arbeitsaufgaben formuliert. In diesen Arbeitsaufgaben werden eingangs noch einmal die neuen Bedingungen des Kampfes benannt. Dann heißt es weiter – immer unter Berücksichtigung der strategischen sozialistischen Zielstellung:

„Unter diesen Bedingungen muss die DKP durch ihre theoretische Arbeit und ihr politisches Handeln ihre gesellschaftliche Notwendigkeit und Nützlichkeit für die arbeitende Klasse und die Bewegungen nachweisen. Dabei ist es Aufgabe der DKP, die gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzuzeigen und die Ursachen von Krieg, Sozialabbau und Erwerbslosigkeit als kapitalistisch bedingt darzulegen, die erst in einer sozialistischen Gesellschaft behoben werden können.

Die Aufgabe der DKP liegt v.a. in der Erarbeitung politischer Strategien zur Entwicklung von Widerstand und der Durchsetzung progressiver Reformen sowie der Förderung der dafür notwendigen Kämpfe. Dabei kann und will die DKP nicht stellvertretend handeln. Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentner, müssen selbst für ihre Interessen aktiv werden. Deshalb stehen der außerparlamentarische Kampf und die Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen im Zentrum unserer Tätigkeit.

Als Teil der Bewegung wirkt die DKP für die Entwicklung der Bewegungen, d. h. insbesondere, dass Kommunistinnen und Kommunisten

- aktiv zur Entwicklung einer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beitragen, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert;
- ihre praktische und theoretische Mitarbeit in den Bewegungen verstärken, vor allem in der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedensbewegung, den antifaschistischen Initiativen;
- sich für die Vernetzung und Zusammenarbeit der Bewegungen, vor allem in Form der Sozialforen, einsetzen;
- sich in der organisationenübergreifenden Vernetzung antikapitalistischer und marxistischer Kräfte engagieren“.

Aber tun wir tatsächlich schon alles, um diese Aufgaben zu erfüllen? Gehen wir dabei klug genug vor? Knüpfen wir am Erkenntnisstand der Menschen an? Können wir sie tatsächlich mit unseren Positionen ansprechen oder müssen wir noch geduldiger und besser argumentieren. Mehr Geduld haben? Daran müssen wir meines Erachtens nicht nur im Zusammenhang mit den aktuellen Auseinandersetzungen sondern auch in Vorbereitung des 19. Parteitages der DKP im nächsten Jahr knobeln.

Unsere Möglichkeiten sind dabei sicher beschränkt. Aber selbst unter unseren schwierigen Bedingungen könnten wir mehr erreichen.

Lasst uns das Fernstudium zu Lenins „linken Radikalismus“ nutzen uns selbst zu nutzen – nicht nur, indem wir uns genauer mit der Geschichte unserer Bewegung auseinandersetzen und aus ihr lernen, sondern zugleich auch immer diskutieren, welche aktuellen Aufgaben sich in den Kämpfen der heutigen Zeit daraus für uns ergeben.

DKP / Karl – Liebknecht – Schule

Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen – Tel: 0214 / 45418 – Fax: 0214 / 46450

Fernstudium - Lenins Schrift:

„Der linke Radikalismus`, die Kinderkrankheit im Kommunismus“

Arbeitsunterlage

omx

1. Warum befassen wir uns mit Lenins Schrift?

Sie gehört zu den grundlegenden Arbeiten des Marxismus. Sie behandelt Grundfragen der Strategie und Taktik der marxistischen Arbeiterbewegung, sowohl in Perioden von Erfolgen als auch in Zeiten von Niederlagen.

Verbunden mit der Niederlage des realen Sozialismus in Osteuropa, geriet auch die Arbeiterbewegung in Westeuropa in einer tiefen Krise. Kommunistische Parteien spalteten sich, lösten sich auf und manche führende Persönlichkeiten gerieten in Panik oder wechselten gar die Fronten.

Im Gegensatz zu Schönwetterrevolutionären analysieren Marxisten die harten Lehren des Klassenkampfes, kritisieren eigene Fehler, um aus der Niederlage neue Kräfte zu schöpfen. „Ein Element des Erfolges besitzt sie (die Arbeiterklasse, d. Verf.), die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet“.

So begründete Karl Marx 1864 die Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation (die I. Internationale, d. Verf.). Davon lässt sich die DKP inspirieren, wenn sie sich mit Lenins Schrift befasst, nicht weil sie Rezepte für ihre gegenwärtige Tätigkeit erwartet, sondern Hinweise bekommt, für das Herangehen an komplizierte Fragen des Klassenkampfes.

Die historische Situation, in der Lenins Schrift entstand

- Im Frühjahr 1920 geschrieben, wurde die Schrift den Delegierten des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale übergeben. Sie lag der Beschlussfassung des Kongresses zugrunde, der am 19. Juli 1920 begann.
- Der Eintritt in einer Periode sozialer Revolutionen infolge des I. imperialistischen Weltkrieges. Die Oktoberrevolution in Russland hatte seit 2 ½ Jahren gesiegt. Konterrevolution und Interventionskrieg von 13 imperialistischen Mächten gegen die junge Sowjetmacht erlitten eine Niederlage.
- Revolutionäre Kräfte in aller Welt, stimuliert durch die Oktoberrevolution, trennten sich von den Opportunisten und formierten sich zu kommunistische Parteien. In einigen Ländern gab es mehrere kommunistische Gruppierungen, die nebeneinander eine unterschiedliche Politik betrieben. In einige Parteien reagierten linke Kommunisten auf den Verrat opportunistischer Führer, mit ultralinken Losungen.
- Infolge des Verrats rechter Parteiführer und der Schwäche revolutionärer Kräfte, konnte die revolutionäre Situation in ökonomisch hoch entwickelten Ländern nicht zu einer siegreichen sozialistischen Revolution weiter entwickelt werden, die revolutionäre Situation ebte ab.
- Das Abebben der revolutionären Situation erforderte, entsprechend den veränderten Kampfbedingungen, eine revolutionäre Strategie und Taktik zu entwickeln. Es kommt darauf an, schrieb Lenin: „...eine solche Anwendung der grundlegenden Prinzipien des Kommunismus...bei der diese Prinzipien im Einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepasst, auf sie richtig angewandt werden.“

Ausgehend von der perspektivisch politischen Zielstellung der Kommunisten, behandelt die Schrift eine Reihe praktisch politischer Hauptfragen. Dazu gehört:

- Die Rolle und Aufgaben der Partei als politische Organisation der Arbeiterklasse im Kampf zum Sturz des Kapitalismus für eine sozialistische Gesellschaft.
- Die Arbeit der Partei unter den Massen. Der Umgang mit Kompromissen. Die Akti- onseinheits- und Bündnispolitik.

- Das Wechselverhältnis zwischen außerparlamentarischen- und parlamentarischen Kampfformen, keine Verabsolutierung einer einzigen Kampfform.
- Die Grundvoraussetzungen für die Erarbeitung einer tragfähigen Strategie und Taktik.

Bei der Erarbeitung des Programms der DKP haben solche Fragen, unter den Bedingungen einer Konterrevolution in Europa, eine wesentliche Rolle gespielt. Bei der Beschäftigung mit Lenins Schrift ist es sinnvoll, das im April 2006 beschlossene Programm der DKP in die Diskussionen einzubeziehen.

Lenin:

„Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist, wenn sich all und jeder der Revolution anschließt, aus einfacher Schwärmerei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen der persönlichen Karriere. Das Proletariat hat nachher, nach seinem Sieg, die größte Mühe, man könnte sagen, seine liebe Not, sich von solchen Quasi-Revolutionären `zu befreien`. Viel schwerer - und viel wertvoller - ist, dass man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind, dass man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nicht revolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten großen revolutionären Kampf heranführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen – das ist die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika.“

2. Zum organisatorischen des Fernstudiums

Die zentrale Bildungsstätte der DKP bietet ab September 2009 ein neues Fernstudium für Mitglieder der DKP und Interessierte an. Im ersten Semester vom 5. September 2009 bis 31. März 2010 geht es um die Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus.“ Der Originaltext ist enthalten in Lenin-Werke Band 31, in den ausgewählten Werken Lenins Band V. Sie kann auch über Internet heruntergeladen werden: (Google) bzw. www.marxist.org.

Die Karl-Liebnecht-Schule verschickt an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Studienmaterial dieser Schrift sowie weitere Materialien zum Selbststudium. Die dortigen Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Studienmaterial sowie auf das DKP-Programm.

Für das Semester bitten wir um einen Unkostenbeitrag von 15 bis 25 Euro auf das Konto der Karl-Liebnecht-Schule; dafür gibt es alle Materialien per Post bzw. über Internet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich bei der Karl-Liebnecht-Schule anmelden, können über Internet mit den Leitern des Fernstudiums kommunizieren und, wo immer möglich, lokal und regional gemeinsame Lesungen und Diskussionen durchführen. Verantwortlich sind die DKP-Vorstände und die Karl-Liebnecht-Schule.

Am 5. September 2009 wird das Fernstudium mit einer zentralen Veranstaltung in Leverkusen eröffnet, auf der Genossin Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP, referieren wird. Die UZ wird sich aktiv mit Artikeln und Informationen einschalten.

Nun zur Übersicht über die Studienabschnitte, zu studierende Texte und Materialien sowie über Fragen, über die wir zentral diskutieren wollen. Klar, dass viele Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinzukommen werden.

I. Studienabschnitt (5. September bis 14. Oktober 2009)

Die Erfahrungen der Bolschewiki und Grundlagen ihres Erfolges.

**Studienmaterial: Seiten 1 – 20, Seiten 64 – 67;
DKP-Programm Seite 43, DKP-Programm Seiten 20 – 28.**

Da es auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale zunächst um die Formierung kommunistischer Parteien ging, wendet sich Lenin der Geschichte des Bolschewismus zu, um Erfahrungen zu vermitteln, nicht um sie anderen überzustülpen, sondern um sie an Hand der konkreten Situation zu überprüfen und entsprechend den nationalen Besonderheiten zu modifizieren.

Dabei geht es um allgemeine Gesetze des Klassenkampfes, um die Verteidigung der revolutionären Theorie gegenüber allen Angriffen des Klassenfeindes und opportunistischen Schattierungen in der Arbeiterbewegung, wobei die Machtfrage die Hauptfrage jeder Revolution ist.

Die Erfahrungen, die Lenin vermittelt, beziehen sich auf eine geschichtliche Periode, in der sich der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus, zum Imperialismus, vollzogen hatte und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Großmächten bereits im Gange war.

- Der Burenkrieg (1899-1902), der mit der Eingliederung der Burenrepubliken Oranje und Transvaal in das Britische Empire endete. (Südafrika)
- Krieg zwischen den USA und Spanien 1898. Er endete mit der Besetzung Kubas, Puerto Ricos, Guams und der Philippinen durch die USA und für Spanien mit dem Verlust seiner bedeutsamen Kolonien.
- Russisch-Japanischer Krieg (1904/1905) um die Halbinsel Sachalin, Korea und andere Gebiete. Die Niederlage des zaristischen Russland führte 1905 zur bürgerlichen Revolution, in der erstmals die Arbeiterklasse Russlands eigene Forderungen stellte.
- Der I. Imperialistische Weltkrieg (1914-1918). Die infolge des Krieges entstandene revolutionäre Situation in einigen Ländern Europas, führte 1917 in Russland zur bürgerlichen Februarrevolution und im Oktober zur sozialistischen Revolution, während die Revolutionen in Deutschland und anderen Ländern mit einer Niederlage für die Arbeiterklasse endeten.

Die Bolschewiki verfügten damit, in ihrer kurzen Geschichte, über Erfahrungen in drei Revolutionen, vor allem über eine siegreiche sozialistische Revolution.

Ihre Geschichte war von Anfang an geprägt, von der Auseinandersetzung mit der russischen Variante des Revisionismus am Marxismus, wie er sich in den Parteien der II. Internationale breit machte. In Deutschland kämpfte vor allen Rosa Luxemburg gegen den Revisionismus Bernsteins, der an Stelle der sozialen Revolution die soziale Reform predigte.

Der Revisionismus führte zum Verrat der meisten Parteiführungen der II. Internationale. Sie zerrissen ihre eigenen Beschlüsse gegen Militarismus und Krieg* und stimmten 1914 für die Kriegskredite. Die Bolschewiki und die serbischen Sozialisten stimmten in den Parlamenten geschlossen dagegen und wurden verhaftet. In Deutschland stimmte im Dezember 1914 nur Karl Liebknecht im Reichstag gegen die Kriegskredite.

** Der Internationale Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart beschloss: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch entsprechende Mittel zu verhindern, die sich nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet für seine rasche Beendigung einzutreten und mit allem Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassengesellschaft auszunutzen.“ (wurde auf dem Sozialistenkongress 1910 und 1912 bekräftigt)*

Zur Herausbildung der SDAPR (Bolschewiki) zu einer revolutionär marxistischen Partei waren Lenins Schriften von grundlegender Bedeutung. Einige der wichtigsten sollen hier benannt werden:

- „Was tun?“: Geschrieben im Herbst 1901 bis Februar 1902. Veröffentlicht März 1902 in Stuttgart. LAW, Bd. I
- „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“: Anfang 1904 in Genf. LAW, Bd. I
- „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“: Juni / Juli 1905 in Genf. LAW, Bd. II
- „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“: Geschrieben 1916. LAW, Bd. II
- „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“: Geschrieben Januar-Juni 1916. LAW, Bd. II

Für den Erfolg der Bolschewiki hebt Lenin im „Linken Radikalismus“ zwei Eigenschaften hervor: „Zentralismus und Disziplin“. Diese können nicht auf einen Anspruch der Parteiführung Kraft ihre Funktion beruhen. Notwendig ist:

- o Klassenbewusstsein der Mitglieder, ihr Wille zu revolutionären Veränderungen, Ausdauer und Opferbereitschaft.
- o Die Fähigkeit der Partei, sich mit den Arbeitermassen, aber auch mit anderen Schichten der Bevölkerung zu verbinden.
- o Vor allem eine richtige Politik der Parteiführung, eine richtige Strategie und Taktik, *„unter der Bedingung, dass sich die breiten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen.“*

Lenin betont: *„Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce.“*

Aus der Niederlage der Revolution von 1905 vermittelt Lenin:

„Alle revolutionären und oppositionellen Parteien sind geschlagen. Niedergang, Demoralisation, Spaltungen, Zerrissenheit, Renegatentum, Pornographie an Stelle der Politik. Verstärkter Hang zum philosophischen Idealismus; Mystizismus als Hülle konterrevolutionärer Stimmungen. Gleichzeitig aber erteilt gerade die große Niederlage den revolutionären Parteien und revolutionären Klasse eine wirkliche und überaus nützliche Lektion, eine Lektion in geschichtlicher Dialektik, eine Lektion über das Verständnis, die Fähigkeit und die Kunst, den politischen Kampf zu führen. Freunde erkennt man im Unglück. Geschlagene Armeen lernen gut.“

Einschub:

Im Verlauf der bürgerlichen Revolution von 1905/1907 in Russland, fand 1906 der Vereinigungsparteitag zwischen Bolschewiki und Menschewiki statt.

Über diesen Parteitag verfasste Lenins 1906 einen schriftlichen Bericht. Dabei geht er auf die unterschiedlichen Standpunkte in strategischen Fragen und den Begriff „Demokratischer Zentralismus“ ein. Er schreibt u.a.: *„Freiheit der Diskussion und Einheit der Aktion – das ist es, was wir erreichen müssen. Und die Beschlüsse des Vereinigungsparteitages lassen allen Sozialdemokraten in dieser Beziehung hinreichend Spielraum.*

Aber außerhalb der Aktionseinheit – die breiteste und freieste Erörterung und Verurteilung jener Schritte, Beschlüsse und Tendenzen, die wir für schädlich halten. Nur in solchen Diskussionen, Resolutionen und Protesten kann eine wirkliche öffentliche Meinung unserer Partei erarbeitet werden. Nur unter dieser Bedingung wird sie eine wirkliche Partei sein, die ihre Meinung stets kundzumachen weiß und die richtigen Wege findet, um die Meinung, die sich herausgebildet hat, in Beschlüsse eines neuen Parteitags umzuwandeln.

... Solange noch nicht zur Aktion aufgerufen ist – breiteste und freieste Erörterung und Beurteilung der Resolution, ihre Begründung und ihrer einzelnen Thesen.“
(LW, Bd.10, S. 384/385)

Lenin berichtet hier über Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki in Zeiten einer revolutionären Situation, die später erneut zur Spaltung der Partei führten. Die Menschewiki glitten immer tiefer in den revisionistischen und reformistischen Sumpf und lösten sich von revolutionär marxistischen Positionen.

Fragen, die wir diskutieren wollen:

1. Gibt es in der Geschichte und heute einen Zusammenhang zwischen reformistischer und „ultra linker“ Politik?
2. Was bedeutet heute „Verteidigung der revolutionären Theorie“ gegen Angriffe aus dem bürgerlichen Lager?
3. Wie sollen wir auf Kampagnen zur Delegitimierung der DDR reagieren?
4. Warum sind Zentralismus und Disziplin heute Reizbegriffe? Inn welchem Verhältnis stehen sie zur Freiheit der Diskussion und innerparteilicher Demokratie?

Studienabschnitt II (15. Oktober bis 20. Dezember 2009)

Kompromisse, Aktionseinheits- und Bündnispolitik

**Studienmaterial: Seiten 20 – 27, Seiten 35 – 43:
DKP-Programm Seiten 28 – 38.**

Ausgangspunkt bei der Behandlung dieser Abschnitte ist die marxistische Erkenntnis, von der Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Soziale Revolutionen sind das Ergebnis des Wollens und Handelns der Volksmassen im historischen Prozess.

Es geht um Bewusstseinsentwicklung und Kräfteformierung, ohne die selbst aus einer revolutionären Situation keine Revolution hervorgeht.

Doch die Massen sind nicht alleine durch die Theorie in Bewegung zu setzen. Noch nicht einmal in erster Linie durch die Theorie. Erst wenn die Massen in der Klassenauseinandersetzung eigene Erfahrungen gesammelt haben und in der Praxis die Richtigkeit kommunistischer Politik feststellen, gelangen sie zu politischem und revolutionärem Bewusstsein.¹ Deshalb hebt Lenin immer wieder hervor, dass die Kommunisten unbedingt dort systematisch, hartnäckig, beharrlich und geduldig arbeiten müssen, wo die Massen sind.

Dazu gehören auch Kompromisse, die nicht von willkürlichen Beschlüssen von Parteiführungen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden. Es kommt darauf an, solche Kompromisse einzugehen, die zur Hebung des Klassenbewusstseins durch Erfahrungen und nicht zur Verwischung der Klassengegensätze beitragen. Das Gleiche gilt für die Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Gesellschaft. Ein Rezept über nützliche oder faule Kompromisse für alle Zeiten kann es nicht geben.

Aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die Hauptkraft. Aber sie ist ständig den bürgerlichen politischen und ideologischen Einflüssen ausgesetzt und wurde vom Opportunismus gespalten. In ihr wirken verschiedene politische und religiöse Vorstellungen.

Ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse trotz dieser Unterschiede, kann nur durch die Aktionseinheit erreicht werden. Die Möglichkeit dazu ergibt sich aus der gemeinsamen Klassenlage.

- Die Gewerkschaften sind die größten und allumfassenden Massenorganisationen der Arbeiterklasse. Der Form nach sind sie das beste Feld für die Aktionseinheit. Sie gering schätzen und die Arbeit in ihnen zu vernachlässigen kommt dem Sektierertum gleich.
Kommunisten schätzen Gewerkschaften als Kampforganisationen gegen die Gewalttaten des Kapitals, setzen sich deshalb für die Stärkung der Gewerkschaften ein und bekämpfen alle Bestrebungen einer Spaltung, aber auch der Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System, um sie als Ordnungsfaktor zu missbrauchen.

Es gibt auch andere Formen von Aktionseinheit, die sich vielfältig äußern und oft mit Bündnisse verzahnt sind.

Im Zusammenhang mit der Zulässigkeit von Kompromissen behandelt Lenin die Bedeutung von Bündnissen:

„Einen mächtigen Gegner kann man nur unter größter Anstrengung der Kräfte besiegen“, man muss es verstehen „einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger schwankender, unsicher, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“

Bündnisse sind notwendig, weil auch nichtproletarischen Schichten von der Herrschaft des Monopolkapitals betroffen sind. Ihre negativen Erfahrungen in der kapitalistischen Gesellschaft lässt sie gegen Auswirkungen kämpfen, noch nicht gegen die Ursachen.

Bündnisse und Kompromisse sind zulässig und möglich, wenn man es versteht, „diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewusstseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt.“

Fragen, die wir diskutieren wollen:

1. Wie definieren wir die Begriffe „Aktionseinheit“ und „Bündnispolitik“? Sind sie überhaupt notwendig?
2. Welchen Charakter haben Kompromisse? Unter welchen Bedingungen sind sie zulässig?
3. Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen existieren heute in der Bundesrepublik für Aktionseinheits- und Bündnispolitik? Welche neuen Entwicklungen hat es gegeben? Welche Chancen und Möglichkeiten sind entstanden?
4. Welche Möglichkeiten zur Aktionseinheit mit sozialdemokratisch orientierten Teilen der Arbeiterklasse, mit der Partei „Die Linke“ usw. gibt es?
5. Sollte die DKP auf die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Mitgliedern der Partei „Die Linke“ in der Aktionseinheit bzw. in Bündnissen verzichten, weil die Gefahr bestehen könnte, dass die DKP sich von der theoretischen Grundlage kommunistischer Politik, der wissenschaftlichen Weltanschauung entfernt? Sollte stattdessen nicht besser zuallererst eine „Aktionseinheit“ oder ein „Bündnis“ mit anderen kommunistischen Parteien und Initiativen bevorzugt werden?
6. Mit welchen Problemen haben gegenwärtig die Gewerkschaften zu tun? Was hemmt sie bei der Wahrnehmung ihrer Rolle als Klassenorganisationen der Arbeiterklasse? Wo liegen die Ursachen, was können klassenbewusste Mitglieder tun?
7. Mit welchem Ziel betreibt die DKP heute ihre Bündnispolitik? Will sie in Bündnissen eine Führungsrolle übernehmen, andere dominieren und vor allem ihre eigenen politischen Ziele durchsetzen? Wie geht die DKP bei der Durchsetzung gemeinsamer Anliegen vor?

III. Studienabschnitt (3. Januar bis 15. Februar 2010)

Kampfformen – außerparlamentarischer- und parlamentarischer Kampf

**Studienmaterial: Seiten 27 – 34, Seiten 68 – 72;
DKP-Programm Seiten 38 – 39.**

Bereits im II. Studienabschnitt haben wir uns mit Fragen von Kampfformen befasst. Jetzt geht es um außerparlamentarische und parlamentarische Kampfformen. Auch hier gilt, dass man keine Kampfform verabsolutieren darf.

Nach linkssektiererischen Auffassungen darf man sich nicht an bürgerliche Parlamente beteiligen, weil das zur Integration revolutionärer Kräfte in das herrschende System führe.

Rechtsopportunisten verabsolutieren die Beteiligung an Parlamenten und sehen darin die einzige Plattform für gesellschaftliche Veränderungen, sie reden von mitgestalten.

- Lenin betrachtet die Arbeit von Revolutionären in bürgerliche Parlamente vom Standpunkt der Massenarbeit aus, von der Kombination zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf. Es ist ein Fehler auf Kampfformen zu verzichten die Massen ansprechen und in Bewegung bringen können. Bei Richtungswechsel in der Politik muss man es aber auch verstehen eine Kampfform schnell durch die andere zu ersetzen.
- Es gibt keinen Zweifel darüber, dass bürgerliche Parlamente Institutionen des kapitalistischen Staates sind, um das System zu stärken. Solange die Massen aber die Illusion haben, dass die Parlamente demokratische Volkseinrichtungen sind, müssen die Revolutionäre das in ihrer Politik berücksichtigen. Es ist ein Fehler, wenn man den „eigenen Wunsch“, die „eigene ideologisch-politische Stellung für die objektive Wirklichkeit“ hält. Das ist der gefährlichste Fehler, den Revolutionäre machen können.“
- Geschichtliche Erfahrungen zeigen, dass ein großer Streik wichtiger als die parlamentarische Aktion ist. Hier erinnert Lenin an das „Sozialistengesetz“, als die revolutionäre Partei in Deutschland von 1878 bis 1890 verboten war. Die Marxisten verstanden es beide Kampfformen miteinander zu verbinden. Russische Erfahrungen aus der Revolutionszeit belegen die Wechselbeziehungen zwischen den Kampfformen, dass außerparlamentarische Aktionen zu parlamentarischen Erfolgen führen können und umgekehrt.

Sich absolut nicht an Parlamentswahlen zu beteiligen ist keine wirkliche linke Politik. Das heißt den Opportunisten die parlamentarische Tribüne zu überlassen und damit falsche Schlüsse aus der Verabsolutierung der parlamentarischen Tätigkeit durch die rechten Opportunisten ziehen.

Die Teilnahme an den Parlamentswahlen hat den Zweck, die rückständigen Schichten der eigenen Klasse, die geduckte unwissende Masse im Lande aufzurütteln und aufzuklären.

- Wahlbündnisse hängen vom Kräfteverhältnis ab. Die Bolschewiki gingen Bündnisse bei Dumawahlen ein. Lenin schlägt den englischen Kommunisten unter Berücksichtigung ihrer Lage verschiedene Wahlbündnisse vor, einschließlich Unterstützung opportunistischer Kandidaten. *„behalten uns aber die vollste Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit vor. Ohne die letzte Bedingung darf man sich natürlich nicht auf einen Block einlassen, denn das wäre Verrat.“*
- Eingehend auf die Schwierigkeit „eine der Arbeiterklasse durchaus würdige kommunistische Fraktion im bürgerlichem Parlament zu schaffen“, rät Lenin: *„dass die kommunistischen Parlamentarier ihre Zeit nicht mit bürgerlich-parlamentarischen*

Kinkerlitzchen vertändeln, sondern sich mit der so überaus dringenden Arbeit der Propaganda, Agitation und Organisation unter den Massen befassen müssen.“

Fragen, wie wir diskutieren wollen:

1. Warum haben für Kommunisten und die DKP außerparlamentarische Aktionen und Bewegungen Vorrang vor Parlamentarischen Aktivitäten?
2. Unter welchen Bedingungen nehmen Kommunisten an Wahlen teil?
3. Warum und unter welchen Bedingungen beteiligen wir uns an Wahlbündnissen? Welche Formen können Wahlbündnisse haben?
4. Ist es zulässig, zugunsten von Bündnisvereinigungen oder gar reformistischer Parteien, auf die eigene Kandidatur als kommunistische Partei zu verzichten?

IV. Studienabschnitt (16. Februar bis 31. März 2010)

Die Erarbeitung einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik – Grundvoraussetzungen einer erfolgreichen Politik

Studienmaterial: Seiten 49 – 50, 53 – 64.

Programm der DKP: Seiten 5 – 20; 28 - 33.

Von großer Bedeutung in dem Lesetext ist, dass eine marxistische Partei ihre Politik nicht nach eigenen Wunschvorstellungen, nach dem Bewusstseitsgrad und der Kampfbereitschaft einer revolutionären Elite festlegen darf, sondern nach streng wissenschaftlichen Kriterien.

- Bei der Ausarbeitung einer richtigen Strategie und Taktik ist, von der „streng objektiven Einschätzung aller Klassenkräfte des betreffenden Staates (und der ihn umgebenden Staaten sowie aller Staaten der ganzen Welt) sowie auf der Berücksichtigung der von der revolutionären Bewegungen gesammelten Erfahrungen...“ auszugehen.
- Ohne eine revolutionäre Situation ist eine Revolution unmöglich. Aus einer revolutionären Situation kann aber nur dann eine Revolution werden, wenn der subjektive Faktor entwickelt ist, die Erfahrungen der Massen zu einem entsprechenden Bewusstsein herangereift sind und ihre Aktivitäten durch eine revolutionäre Partei kombiniert und geleitet werden.

Es kommt darauf an „... dass die Kommunisten eines jeden Landes sowohl die grundlegenden prinzipiellen Aufgaben des Kampfes...als auch die konkreten Besonderheiten ganz klar einschätzen, die dieser Kampf in jedem einzelnen Land entsprechend der Eigenart seiner Ökonomik, Politik und Kultur... annimmt und unvermeidlich annehmen muss.“

Es geht um, „... eine solche Anwendung der grundlegenden Prinzipien des Kommunismus... bei der diese Prinzipien im einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepasst, auf sie richtig angewandt werden.“

- Die Partei muss verstehen, in einer nichtrevolutionären Situation revolutionäre Politik zu betreiben und die Fähigkeit entwickeln, „den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten großen revolutionären Kampf heranführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen...“
- Man muss lernen, „alle Formen oder Seiten der gesellschaftlichen Tätigkeit ohne die geringste Ausnahme zu beherrschen...“. Die revolutionäre Klasse muss gerüstet sein, „aufs schnellste und unerwarteste eine Form durch die andere zu ersetzen“.

Fragen, die wir diskutieren wollen:

1. Was heißt für uns eine richtige Strategie und Taktik auszuarbeiten, die ausgeht von der „streng objektiven Einschätzung aller Klassenkräfte des betreffenden Staates (und der ihn umgebenden Staaten sowie aller Staaten der ganzen Welt) sowie von der Berücksichtigung der von den revolutionären Bewegungen gesammelten Erfahrungen“?
2. Auf welche Erfahrungen der revolutionären Bewegungen sollten wir uns, bei der Ausarbeitung der Strategie, stützen?

3. *Warum sind soziale Revolutionen ohne revolutionäre Situationen unmöglich und warum kann man sie nicht durch subjektiven Willen herbeiführen?*
 4. *Was verstehen wir überhaupt unter subjektiven Faktoren? Warum sind sie für den Ausgang einer revolutionären Situation entscheidend? Was heißt revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten und wie muss man sie gestalten? Was heißt „Kommunist sein“ heute?*
-

Anhang

Notwendiger Hinweis

In Lenins Schrift haben wir es immer wieder mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ zu tun. Das Wesen dieses Begriffs, wird von jeher von den Gegnern des Marxismus verfälscht und als Gegensatz zur Demokratie verzerrt. Das gilt auch für die verschiedenen Spielarten des Opportunismus. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, sich auch mit Lenins Schrift „Staat und Revolution“ aus dem Jahre 1917 zu befassen. (LW, Bd. 25 bzw. LAW, Bd. III) Lenin stützt sich in dieser Schrift auf Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels bzw. geschichtliche Erfahrungen.

Hier ein Auszug aus dem II. Kapitel: *„In Wirklichkeit ist diese Periode (des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. Verf.) unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich AUF NEUE ART demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und AUF NEUE ART diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.*

Weiter: Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfasst, wer begriffen hat, dass die Diktatur EINER Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das PROLETARIAT, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze HISTORISCHE PERIODE, die den Kapitalismus von der "klassenlosen Gesellschaft", vom Kommunismus, trennt. Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine DIKTATUR DER BOURGEOISIE“

Lenin: Was ist eine revolutionäre Situation?

„Für den Marxisten unterliegt es keinen Zweifel, dass eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, womit nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen: 1: für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrecht zu halten; die eine oder andere Krise der ´oberen Schichten`, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen lässt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, dass die ´unteren Schichten` in der alten Weise ´nicht leben wollen`, es ist noch erforderlich, dass die ´oberen Schichten` in der alten Weise ´nicht leben können`. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen die sich in der ´friedlichen` Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ´oberen Schichten` selbst zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden.

Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution – in der Regel – unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt. Eine solche Situation gab es 1905 in Russland und in allen Revolutionsepochen im Westen; sie lag aber auch in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland und in den Jahren 1859 – 1861 und 1879/ 1890 in Russland vor, obgleich es in diesen Fällen zu keiner Revolution kam. Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche, ´zu Fall kommt`, wenn man sie nicht ´zu Fall bring`. Das sind die marxistischen Auffassungen von einer Revolution, die von allen Marxisten zu vielen, vielen Malen entwickelt und als unanfechtbar anerkannt und die gerade für uns Russen durch die Erfahrung des Jahres 1905 besonders anschaulich bestätigt worden sind.“

(Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, Lenin Werke, Bd. 21, Seite 206/207)

Fremdwörtererklärung

Augiasställe: Vermistete Ställe

Bolschewiki: Mehrheitler. Historische Bezeichnung der marxistisch revolutionären Mehrheitsgruppe um Lenin, die auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) 1903, bei der Abstimmung über das Parteiprogramm, die Mehrheit erhielt.

Doktrinarismus: Starre Lehrmeinung, wirklichkeitsfremder Standpunkt.

Duma: Russisches Parlament 1906 bis 1917 (und jetzt wieder), vom Zaren im Ergebnis der Revolution 1905/1907 einberufen, nur beschränkte Rechte

Kadetten: Kurzform für Konstitutionelle Demokraten. Partei der russischen liberalen – monarchistischen Bourgeoisie. 1905 gegründet, im März / Mai 1917 Regierungspartei, setzte den imperialistischen Krieg fort.

Konspirieren: Verstecken, verdecken

Konventikel: Vereinigung, die auf eigenen subjektiven Wunschvorstellungen beruht und objektive Realitäten unberücksichtigt lässt.

Menschewiki: Minderheitler. Opportunistische Minderheit in der SDAPR, trat nach dem II. Parteitag 1903 als feste Gruppe auf. Sie lehnten das revolutionäre Parteiprogramm und die Organisationsprinzipien ab. Sie wurden 1912 aus der SDAPR ausgeschlossen.

Opportunismus: Im allgemeinen Sinne Preisgabe von Grundsetzen zu Gunsten von Augenblickserfolgen. In der Arbeiterbewegung tritt der Opportunismus ideologisch als Revisionismus am Marxismus und politisch als Reformismus auf. Sein Ziel ist nicht die soziale Revolution, sondern die soziale Reform, bei Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaft.

Philister: Spießbürger.

Renegat: Abtrünniger, Überläufer.

Sophismen: Wortverdrehungen, Spitzfindigkeiten, mit Scheinbeweisen operierend.

Strategie und Taktik: Lehre von der Führung des Klassenkampfes.

Die Strategie ist die Generallinie der Partei während einer historischen Entwicklungsetappe. Sie bezeichnet das Ziel des Klassenkampfes, die Stationen zum Ziel, die Übergänge und die Formierung der nötigen Kräfte. Die Taktik, legt auf der Grundlage der Strategie, die der jeweiligen Situation angepassten konkreten Kampfmethoden, Kampfmethoden und Organisationsformen fest.

Sozialimperialismus, Sozialchauvinismus, Sozialpatriotismus: Politik opportunistischer Arbeiterführer im I. Weltkrieg. Sie predigten Klassenfrieden mit den Kapitalisten des eigenen Landes, unterstützten den Nationalismus und hetzten die Arbeiterklasse für die Profite des Banken- und Industriekapitals in den imperialistischen Raubkrieg.

Sozialrevolutionäre: 1901 gegründete russische kleinbürgerliche Partei mit bäuerlicher Basis. Sie ist aus der Volkstümplerbewegung hervorgegangen und spaltete sich 1914 in rechte und linke. 1917 Hauptstütze der Provisorischen Regierung. Nach der Oktoberrevolution offen konterrevolutionär. Linke gingen zeitweise (bis 1918) mit den Bolschewiki zusammen.

Volapük: Welthilfssprache.